Ä3 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in: Christian Jacobs (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu A50NEU

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:
sollte sich daher für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats einsetzen und die Unterdrückung der Uighur*innen als Völkerrechtsverbrechen bezeichnen. Das sogenannte Sicherheitsgesetz für Hongkong und die Änderung des Wahlrechts sind ein Angriff auf die Autonomie der

Begründung

Deutschland sollte deutliche Worte für die Verbrechen der chinesischen Regierung gegenüber den Uighur*innen finden. Die Lager in denen Uighur*innen gefangen gehalten werden, stellen die größte Masseneinkerkerung von ethnischen Minderheiten seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Dabei kommt es zu Folter und Mord, sowie Zwangssterilisierungen und der brutalen Unterdrückung der uigurischen Kultur. Bereits das Parlament der Niederlande, sowie das Parlament Kanadas haben einen Beschluss gefasst, das Vorgehen der chinesischen Regierung als Genozid zu bezeichnen. Und auch der amerikanische Außenminister Antony Blinken spricht von einem Völkermord. Wir als GRÜNE sollten uns dafür einsetzen, dass auch Deutschland die Handlungen gegenüber den Uighur*innen als Völkerrechtsverbrechen einstuft.